



Antrag Nr. 1

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die
152. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien.

Sozialere und gerechtere Bedingungen für Arbeitslose

Die 152. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer setzt sich aktiv für folgende
Forderungen ein:

- **Erhöhung des Arbeitslosengelds auf 80 Prozent des letzten Netto-Entgeltes mit einer Höchstgrenze von 1800 Euro**
- **Einführung eines KV-Mindestlohnes, der deutlich über der Armutsgrenze liegt (etwa 50%), das sind 1.300 Euro brutto, und dementsprechend ein Mindest-Arbeitslosengeld im Ausmaß von 80% des Mindestlohnes.**
- **Keine Einrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe**
- **Verstärkte Aufnahme von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund im AMS, um der bestehenden Diskriminierung von MigrantInnen entgegenzuwirken**
- **Vergabe von berufsorientierten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ausschließlich an kontrollierte gesellschaftliche Non-Profit-Einrichtungen unter Mitsprache der Betroffenen.**
- **Unterstützung der Schaffung von öffentlichen Arbeitsplätzen.**
- **(Wieder-)Einführung einer echten Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung.**

Begründung:

In den letzten Jahren wurden die Anspruchsberechtigung und die Dauer des Empfangs der Arbeitslosenunterstützung permanent verschlechtert. Die Zumutbarkeitsbestimmungen wurden drastisch verschärft. Die Schulungsverpflichtungen dienen oft nicht der besseren Qualifizierung der Arbeitslosen, sondern eher der Schikanierung und der Disziplinierung der Betroffenen und nicht zuletzt dem Profit eines boomenden, aber nicht kontrollierten privaten Bildungsmarktes. Nicht selten werden 55-Jährige in Persönlichkeitsfindungs- oder Berufsberatungskurse gesteckt und dort von Trainern betreut, die selbst prekäre Arbeitsverhältnisse („freie“ Dienstverträge, Werkverträge, ...) haben.

Die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik gehören dringend ausgeweitet! Umfassende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Beihilfen zu Kurs- und Kursnebenkosten, berufliche Qualifizierung von Jugendlichen und Arbeitsstiftungen helfen Arbeitslosigkeit zu verhindern, erhöhen die Wiedereingliederungschancen für Arbeitslose und helfen bei der Anpassung an die sich verändernde Wirtschaftsstruktur. Von der privaten Wirtschaft ist hier allerdings ein wesentlicher direkter (Kurskosten) oder indirekter (Steuerfinanzierung) Beitrag einzufordern, sie profitieren schließlich von qualifizierten Arbeitskräften. Gleichzeitig muss eine

ausreichende finanzielle Absicherung von Arbeitslosen gewährleistet werden, um einer Armutsgefährdung entgegen zu wirken und die Kaufkraft aufrecht zu erhalten.

Die aktivste Arbeitsmarktpolitik ist aber, selbst Arbeitsplätze zu schaffen, im Sozial- und Gesundheitsbereich, im Sozialen Wohnbau, Arbeitsmarktpolitik muss wieder eine zentrale politische Zielsetzung sein, auch wenn echte Vollbeschäftigung im Kapitalismus eine Illusion bleiben wird.